

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und bei den Kioskbekräftigten 20 Pfennig. Im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 2,20 RM., bei Postbestellung 2,40 RM., einschließlich Porto. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis pro Nummer 5 Pfennig. Im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 1,20 RM., bei Postbestellung 1,40 RM., einschließlich Porto. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße 10.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 84. — 87. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 10. April 1928

Wahlschmalmeien.

Der nächsten Wochen Qual wird groß, darf man wohl unter leichter Veränderung eines Schiller-Verse sagen; der Wahlkampf wird so lang, so angefeuert, um sich dann bis zum 20. Mai zu einem drausend-schritten Fortschritt zu erheben. Die „Stille Woche“ ist auch nach dieser Richtung hin vorbei und bald können alle Parteien, fangen die legendären Töne der Wahlschmalmeien und geben die grimmigen Besamtionen über der Gegner Niedertracht.

Ja, der Gegner! Ganz besonders neugierig ist man ja auf den Aufmarsch der Parteien. Nicht so sehr auf die Aufstellung der Kandidatenlisten; denn schon das, was man davon bisher sah, zeigt doch nur, daß im allgemeinen die bisherigen Reichstagsmitglieder wieder das Rennen machen sollen und — wollen. Während sind nur die Scharen jener, die bei der Listenaufstellung „hinten herumergefallen“ sind und nun ihrer mehr oder weniger berechtigten Entrüstung lauten Ausdruck geben, wenn das „hinter mir stehen viele Tausende“, „hebt der Verband der ...“ nicht den gewünschten Eindruck auf die Parteigewaltigen machte.

Schon aber hat — gleichlaufend damit — die Anzahl der Anfragen aus Interessentenkreisen an die Parteien eingeleitet, wie sich diese zu irgendeiner „Frage“ und ihrer Vertretung im Parlament stellen. Vor der Wahl natürlich immer wohlwollend, denn an eine solche Anfrage ist in der Regel die angenehme Drohung geknüpft, daß, wenn die Partei nicht verspricht, sich „dafür einzusetzen“, man die Wahl anderer Kandidaten empfehlen würde. Dieses neckische Spiel ist so eine Art politisch-parlamentarischer Köstlichkeit und Erpressung, das in seiner Zwecklosigkeit nachgerade grotesk wirkt. Denn es gibt wirklich keine Partei, der man nicht mit mehr oder weniger Recht „großartige Versprechungen“ vorwerfen könnte, weil eben im deutschen Parlament mit seiner Zersplitterung und seinen schwierigen Verordnungsverhältnissen immer nur Kompromisse, ganz selten aber nur Beschlüsse zustande kommen können, die ausreichten befriedigen. Nicht einmal die Kuh, die im Abstimmungsstadium um Oberstleuten Korffant jedem polnisch Abstimmenden versprochen, wurde in die Ställe der nach der Stimmabgabe darüber grimmig Enttäuschten gebracht.

Ein wenig neugierig ist der Wähler, um dessen „Seele“ — lies: Stimmzettel — die Parteien kämpfen, um vielleicht auch darauf, was dieser Wahlkampf an neuen, originellen Kampfmitteln bringen wird. Denn die alten werden nicht mehr so recht ziehen, weder Plakat, noch Versammlung, noch Flugblätter, mit denen besagte „Seele“ überflutet wird. Man weiß, daß der Film jetzt eine große Rolle spielen wird, daß auch Wagen mit Lautsprechern und Grammophonplatten auf die Straßen geschickt werden sollen; aber das alles, wie überhaupt die Wahl, kostet wie das Kriegsführen Geld, Geld und nochmals Geld! Ob es da sein wird? Dr. Stresemann hat nämlich einmal den Vorschlag gemacht, daß Reich solle den Parteien entsprechend den von ihnen bei der Wahl erzielten Erfolgen einen Teil der aufgewandten Kosten ersetzen, um dadurch zu verhindern, daß die Parteien allzusehr auf die finanziellen Zuwendungen großer Interessentenverbände angewiesen sind und dem dadurch ausgeübten persönlichen Druck allzu leicht unterliegen müssen. Sehr schön gedacht! Aber — würden wir nicht noch öfter das nicht gerade angenehme „Verquägen“ eines Wahlkampfes haben, wenn die Parteien ihn nicht wegen der Kostenfrage scheuen würden? Und öfter als es unbedingt sein muß, möchte das deutsche Volk jenes „Verquägen“ wirklich nicht haben.

Um die Revision des Dawes-Planes.

Die römischen Besprechungen. Das italienische Blatt „Tribuna“ mißt dem Besuch des Reichsfinanzministers Dr. Köhler in Rom große Bedeutung bei. Das Blatt erklärt, der Boden für die deutschen Wünsche nach Revision des Dawes-Planes sei nicht ungünstig. Die römische Presse berichtet, daß Barter Gilbert vier Tage in Rom bleiben und auch eine Unterredung mit Mussolini über die Reparationsfrage haben werde.

Für Montag war eine Zusammenkunft zwischen Dr. Köhler, dem Reparationsagenten Barter Gilbert und dem italienischen Finanzminister Volpi vorgesehen. Wie es heißt, wird Dr. Köhler auch Mussolini einen Besuch abstatuen.

Begnadigung der ungarischen Frankfälscher

Mit Ausnahme des Prinzen Windischgrätz. Auf Grund eines Amnestieerlasses des Reichsverweisers hat der Budapester Gerichtshof verschiedene in dem sogenannten Frankfälscherprozess verurteilte Personen begnadigt. Die Ausbedung der Frankfälschungen, bei denen es sich in der Hauptsache um die Herstellung von falschen Tausendfrankstücken gehandelt hatte, die, nach Aussage der Angeklagten, für politische Zwecke dienen sollten, hatte seinerzeit außerordentlich großes Aufsehen erregt. Besonders war man in Frankreich sehr aufgebracht und die französische Regierung entsandte

Neue deutsche Auslandsvertreter

Der Diplomatenwechsel zu Ostern.

Die schon seit einiger Zeit beabsichtigten Veränderungen im diplomatischen auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches sind zum Osterfest amtlich bekanntgegeben worden und damit in Kraft getreten.

So wurden ernannt: zum Gesandten in Peking der Botschaftsrat in Tokio Dr. von Borck; zum Gesandten in Buenos Aires der Gesandte in Brüssel Dr. von Keller; zum Gesandten in Brüssel der Ministerialdiregent im Auswärtigen Amt Dr. Hornemann; zum Gesandten in Santiago der Gesandte in Belgrad Dr. Dischhausen; zum Gesandten in Belgrad der Gesandte in Riga Dr. Küster; zum Gesandten in Riga der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Stieve; zum Gesandten in Neval der Generalkonsul in Barcelona Dr. Schröder; zum Generalkonsul in Barcelona der Wirkliche Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Rohrer; zum Gesandten in Oslo der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Wallroth; zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt der Ministerialdiregent im Auswärtigen Amt Dr. von Diersen; zum Gesandten in Quito (Ecuador) der Generalkonsul in Memel Dr. Mudra; zum Generalkonsul in Memel der Konsul in Göttingen Dr. Röhler; zum Konsul in Göttingen der Konsul in Porto Alegre der Konsul in Czernowitz Dr. Wahle; zum Konsul in Czernowitz der Konsul im

Auswärtigen Amt Dr. Drabba; zum Generalkonsul in San Francisco der Generalkonsul J. Dr. von Pentig.

In den einseitigen Ruhestand sind versetzt worden: der Gesandte in Peking Dr. von Borck, der Gesandte in Buenos Aires Dr. Gneiff, der Gesandte in Santiago Graf von Spee, der Gesandte in Neval Dr. Kraus, der Gesandte in Oslo Dr. Hornberg, der Gesandte in Quito Dr. Grunow, der Generalkonsul in Marzelle Dr. Kraus, der Generalkonsul in San Francisco Dr. Ziegler.

Der Botschafter in Tokio Dr. Solf wird auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt werden, aber bis zum Herbst auf seinem Posten verbleiben. Zu seinem Nachfolger wird der Gesandte in Lissabon Dr. von Kersch ernannt werden, an dessen Stelle der Dirigent der Pressestelle der Reichsregierung, Dr. von Balthard, treten wird. In seinem Nachfolger ist der Vortragende Legationsrat Dr. von Kaufmann-Kröner bestimmt.

Bei den vorstehenden Neuernennungen ist es auffällig, daß die neuen diplomatischen Vertreter Deutschlands für Argentinien und Chile noch immer den Rang eines Gesandten haben, während schon seit langem Bemühungen im Gange sind, in den sogenannten A. S. C. Staaten (also Argentinien, Brasilien und Chile) deutsche Botschaften zu errichten. Wie es heißt, soll im Laufe des Jahres, und zwar bei der südamerikanischen Freilichtspiele, die Erhebung der Botschaften zu Botschaften stattfinden.

seinerzeit eine Persönlichkeit nach Budapest, die dem Gerichtsverfahren gegen die Fälscher beistehen.

Von der Begnadigung betroffen wurden der ehemalige Landespolizeichef Emmerich Radossy, Ludwig Hais, Alexander Kurz, Wladislaus Gerb, Defider Raba und Dr. Schweg. Emmerich Radossy wurde vom Gericht seinerzeit zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Fast zwei Drittel dieser Strafe hat er bereits verbüßt, so daß er in einigen Monaten ohnehin gesetzlichen Anspruch auf Freilassung gehabt hätte. Außer ihm werden der Amnestie teilhaftig die zu einem Jahre Kerker verurteilten Ludwig Hais und Wladislaus Gerb, der zu zehn Monaten verurteilte Defider Raba und die zu je vier Monaten verurteilten Kurz und Dr. Schweg, die einen bedeutenden Teil ihrer Strafe bereits ebenfalls verbüßt haben. Der Gerichtshof hat, nachdem er seine Entscheidung, gegen die prozessuale Rechtsmittel nicht möglich sind, gefällt hatte, unverzüglich verfügt, daß der im Justizhaus von Harta seine Strafe verbüßende Emmerich Radossy auf freien Fuß gesetzt werde. Die Amnestie, der Emmerich Radossy und Genossen teilhaftig wurden, erstreckt sich außer auf die Freiheitsstrafe auch auf die als Nebenstrafe bemessene Geldbuße; doch erstreckt sie sich nicht auf die Aufhebung des im Urteil ausgesprochenen Verlustes der politischen Rechte.

Zur allgemeinen Überraschung wurde dem Prinzen Ludwig Windischgrätz die Amnestie verweigert, weil er erst einen kleinen Teil seiner Strafe verbüßt hat und sich ständig auf Krankenurlaub befindet. Ebenso wurde die Amnestierung Wela Manfowitsch verweigert, weil er die falsche Frankfurter für eigene Tasche verwerten wollte. Das Gericht gibt allerdings keine ausdrückliche Begründung der Verweigerung der Amnestierung für Windischgrätz und Manfowitsch.

Beurlaubung eines zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten.

Er will das Wiederaufnahmeverfahren betreiben.

Ein Fall, der in der gesamten deutschen Rechtspflege einzig dastehen dürfte: Das preussische Justizministerium hat den ehemaligen Hilfsgegendarmen Dujardin, der im Jahre 1919 unter der Anklage der Ermordung des Gutbesizers Jaquet vor dem Justizbürgergerichte gestanden hatte und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, für die Dauer von einem Jahre aus der Strafkast beurlaubt, um ihm Gelegenheit zu geben, das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben.

Dujardin hat sich während der neun Jahre, die er bis jetzt im Zuchthaus verbracht hat, ständig bemüht, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Zwei dahingehende Anträge waren vom Landgericht abgelehnt worden, weil dieses die erforderliche „Verbringung neuer Tatsachen“ nicht als gegeben ansah. Der Verteidiger Dujardin wandte sich nun an das preussische Justizministerium, das die Akten einforderte und sie durch den Kriminalrat Dr. Kopp bearbeiten ließ. Kopp legte in einem Gutachten dar, daß im Ermittlungsverfahren grobe Fehler begangen worden seien. Auf Grund dieses Gutachtens hat das Justizministerium die Strafaussetzung verfügt.

Der Fall Dujardin beschäftigt seit Jahren die Öffentlichkeit in Ostpreußen und es wird schon lange davon gesprochen, daß der Gendarm unschuldig verurteilt worden

sei. Es herrschten im November 1919 in Ostpreußen recht unsichere Verhältnisse und es fehlte an einer Landeskriminalgendarmerie, die mit Sachkundern an der Nordhälfte hätte arbeiten können. So kam es, daß der sehr wichtige Lokaltermin höchst mangelhaft durchgeführt wurde und daß viele Unterlassungen des Ermittlungsverfahrens gerügt werden konnten. Dujardin, der bei den Guttsbesizer Jaquet „nebenamtlich“ Hilfsförster war, war angeklagt, im Einverständnis mit der Frau Jaquet den Guttsbesizer erschossen zu haben. Frau Jaquet wurde jedoch von den Geschworenen freigesprochen.

Ländliche Fragen auf der Missionstkonferenz

Die Beratungen in Jerusalem.

In den letzten Tagen setzte die Internationale Missionstkonferenz in Jerusalem die offiziellen Beratungen, die lediglich durch den Gottesdienst unterbrochen wurden, fort. Dabei standen die ländlichen Fragen besonders im Vordergrund, da die Tätigkeit der Missionen sich besonders in Agrargegenden abspielt. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Schaffung eines Bureau für sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit vorschlägt. Das Bureau soll mit anderen Institutionen des gleichen Aufgabentreibes zusammenarbeiten. Die Erörterung der Kaffeefragen führte zu langen und sehr bewegten Debatten. Doch gelang es schließlich, auch auf diesem Gebiet eine endgültige Stellungnahme herbeizuführen.

Das Moskauer Programm für Aman Allah

Paraden und festliche Empfänge.

Das Programm für den Aufenthalt des Afghanistankönigs Aman Allah in Moskau ist jetzt fertiggestellt. Danach wird König Aman Allah in Moskau in der ersten Hälfte der Woche erwartet. Er wird im Repräsentationsgebäude des Außenkommissariats am Kremliufer Wohnung nehmen. Der Afghanistankönig wird am Bahnhof durch einen Ehrenauszug empfangen werden. Das Festprogramm sieht zahlreiche Festlichkeiten vor, ferner eine Parade der Roten Armee auf dem Roten Platz und schließlich einen großen Festempfang durch die Sowjetregierung. Nach seinem Aufenthalt in Moskau, der auf einige Tage berechnet ist, wird sich Aman Allah nach Leningrad begeben, wo zu seinen Ehren Manöver der Roten Flotte veranstaltet werden sollen. Daran schließt sich eine Erholungsreise von 14 Tagen nach der Arim geplant, von wo der König direkt nach Angora teilen wird.

Vor neuen Unruhen in Rumänien.

Bauernmarsch auf Bukarest.

In Rumänien ist für die nächste Zeit wieder mit ersten politischen Ereignissen zu rechnen. Die sogenannte oppositionelle Nationale Bauernpartei unter ihrem Führer Maniu trifft große Vorbereitungen, um die Liberale Partei vom Kuber zu entfernen. Falls der Ministerpräsident Vintila Bratianu nicht bis dahin zurücktritt, sollen gewalttätige Mittel angewandt werden. Es besteht die Aussicht, auf dem nach Alba Iulia (Karlsstadt) einberufenen Kongress, zu dem etwa 300 000 Bauern zusammengeholt werden sollen, eine Art Gegenregierung anzunehmen und von dort aus einen Marsch auf Bukarest nach